Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 73. Freitag den 14. März 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

In den Nächten zwischen dem 21. und dem 24. März dieses Jahres wird die Spülung der Hauptrohre der Wasserleitung durch die Spülschieber nach den Schleußen und vom Morgen des 25. März d. J. ab am Tage die Spülung der Zweigrohre durch die Feuerwehr stattfinden.

Leipzig, den 12. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia 1785. Dr. Tröndlin. Rüling.

Ausschreibung,

Neubau der Central-Markthalle in Leipzig betr.

Die Eindeckung der Hallendächer an der Markthalle mit verzinktem Eisen-Blech, sowie die Herstellung der erforderlichen Dachrinnen und Abfallröhren soll vergeben werden.

Die Bedingungs- und Arbeitsverzeichnisse können durch unsere Bauverwaltung im Baubureau an der Windmühlenstraße hierselbst gegen porto- und bestellgeldfreie Einsendung von einer Mark bezogen, bez. im Bauburcau, woselbst auch die Zeichnungen rc. ausliegen, eingesehen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift

Central-Markthallen-Klempnerarbeiten rc.

bis 24. April cr. Vormittags 10 Uhr im Rathhaus allhier, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, portofrei einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern, bez. die Theilung der Arbeiten und die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 11. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 1748. Dr. Tröndlin. Rüling.

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten haben wir beschlossen, die **westliche** Baufluchtlinie der **Plauenschen Straße** nach Maßgabe der rothen Linie des Planes „Tiefbauverwaltung Nr. $\frac{3768}{4940}$" festzustellen und dadurch die Breite dieser Straße durchgängig auf 11,328 m (20 Ellen) zu bestimmen.

Indem wir dies hierdurch zur allgemeinen Kenntniß bringen, bemerken wir, daß jener Plan auf unserem Bauamt (Abtheilung für Tiefbauſachen, Zimmer Nr. 14, in der 2. Etage des Rathhauses) **vier** Wochen lang zu Jedermanns Einsicht ausliegen wird, sowie daß Widersprüche wider denselben binnen gleicher Frist, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung in den Leipziger Nachrichten an gerechnet, bei deren Verlust bei uns schriftlich anzubringen sind.

Leipzig, den 10. März 1890.

1b. $\frac{1000}{823}$. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Tröndlin. Wilisch, Act.

Auctions-Bekanntmachung.

Montag, den 17. dieses Monats, Nachmittags von 3 Uhr an,

sollen auf dem an der **Scharnhorststraße**, zwischen der Koch- und Kaiser Wilhelm-Straße gelegenen **Freigang**schen Bauplatze

ca. 113 Stück Baupfosten, 38 Stück Schußriegel, 18 Stück Streckhölzer, 17 Stück Karrenhölzer, 1 Baubude und verschiedene andere Bauhandwerks-Gegenstände

an den Meistbietenden gegen **sofortige baare Bezahlung** öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 13. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Id. 3680. Dr. Tröndlin. Dübschmann.

Berichtigung.

Das in Nr. 58 dieser Zeitung vom 27. Februar 1890 enthaltene Aufgebot vom 19. Februar cr., betreffend die in Grmäßheit des Allerh. Privilegii vom 19. August 1854 unter dem 6. September 1854 ausgefertigte, auf den Inhaber lautende vierprocentige Prioritäts-Obligation der ehemaligen Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft Lit. C Nr. 563 über 100 Thaler, wird dahin berichtigt, daß der Aufgebotstermin auf den

5. Januar 1894 Vormittags 11½ Uhr (nicht 11 Uhr) anberaumt worden ist.

Breslau, den 5. März 1890.

Königliches Amtsgericht.

Keine praktischen Resultate — keine positiven Vorschläge.

• Darüber kann kein Zweifel herrschen, daß bei den letzten Reichstagswahlen die unwissende Volksmenge von keiner Seite mehr mit Versprechungen geködert worden ist als seitens der Führer der socialdemokratischen Partei und der denselben diesseitigen Presse. Nur die Deutschfreisinnigen dürften allenfalls dieselben Mittel und Wege angewendet haben, um den von ihnen gewünschten Eindruck auf die Wähler hervorzubringen. Wer vor dem Wahltag sich die Mühe nahm, einer socialdemokratischen Wählerversammlung beizuwohnen, oder es über sich gewinnen konnte, die Flugblätter dieser Partei zu lesen, der mußte, wenn er auch von vornherein wußte, daß die Socialisten den Mund etwas voll nehmen, erstaunt sein über die Unsumme Dessen, was man namentlich den Arbeiterkreisen in Aussicht stellte, wenn sie dafür Sorge trügen, daß recht viele Socialdemokraten in den Reichstag gewählt würden. Verminderung der Arbeitszeit, Vermehrung der Arbeitslöhne, Herabsetzung der Lebensmittelpreise, Abschaffung des stehenden Heeres und dessen Ersetzung durch eine Volksmiliz mit höchstens einjähriger Dienstzeit und noch viele andere derartige Kleinigkeiten versprachen im Handumdrehen die socialdemokratischen Mundhelden, die jedenfalls recht gut wußten, daß sie ihrem Publicum Derartiges bieten konnten, ohne von demselben ausgelacht zu werden. Wir wissen, welche große Rolle in der Wahlbewegung namentlich auch der Schnaps gespielt hat, und wir können einem thüringischen Blatt nicht unrecht geben, wenn es nach den Wahlen den etwas originellen Witz machte, der deutsche Wähler sei dieses Mal über die Schnapsbulle gestolpert. Die Zusicherung billigen Schnapses wird bei einem großen Theil unserer Bevölkerung, welcher durch das auf breitester demokratischer Grundlage ruhende allgemeine directe Wahlrecht bei den Wahlen außerordentlich in das Gewicht fällt, immer sehr wohlgefällig aufgenommen werden, und wir sind überzeugt, daß, wenn es möglich wäre, das arithmetisch auszurechnen, ein sehr bedeutender Procentsatz von Abgeordneten herauskommen würde, die ihre Reichstagsmandate lediglich dem vertheuerten Branntwein zu verdanken haben.

Ganz vergeblich war, wenn man vor den Wahlen den für solche Versprechungen so leicht zugänglichen Leuten klar machen wollte, daß das lauter Vorspiegelungen seien, welche selbst von Denen, die sie vorbrächten, nicht geglaubt würden, und daß die socialdemokratischen Volksbeglücker mit solcher Art von Agitation den reinsten Humbug mit den Wählern trieben. Ein sehr großer Theil unserer sogenannten unteren Classen ist unausrottbar von dem Glauben erfüllt, daß die Führer der Socialdemokratie aus reinster uneigennütziger Menschenliebe sich zu dieser Rolle hergeben, und sie nehmen daher Alles, was aus deren Mund kommt, als eine Art Evangelium auf. In dieser Beziehung stellen sich unsere socialdemokratischen Arbeiter genau auf die Stufe der Ultramontanen, welche in dem jeweiligen Bischof von Rom den unfehlbaren Papst erblicken und anerkennen. Bei den Socialdemokraten heißt nur der Parteipapst Bebel — im Uebrigen ist kein Unterschied vorhanden, hier wie dort völlige Unterordnung und Preisgebung der eigenen, auf selbstständiger Prüfung beruhenden Meinung.

Trotz alledem muß man aber doch einigermaßen darauf gespannt sein, was man innerhalb der Arbeiterwelt zu dem neuesten Taschenspieler-Kunststück sagen wird, welches ihnen gegenwärtig nach den Wahlen von ihren Führern vorgemacht wird. Wir konnten schon vor einigen Tagen mittheilen, daß in dem Hauptorgan der sächsischen Socialdemokratie, dem „Sächsischen Wochenblatt", in welchem namentlich Herr Liebknecht seine Weisheit abzulagern pflegt, ganz gehörig abgewägelt wird und zwar in dem Sinne, daß die socialistischen Wähler sich mit dem Gedanken vertraut machen sollen, daß aus der Verstärkung, welche die Socialdemokratie bei den letzten Wahlen erfahren hat, keine praktischen Resultate herausspringen werden. Das heißt, mit dürren Worten gesagt, alle die schönen Versprechungen, welche ihnen vor den Wahlen gemacht worden, werden sich wie eine Seifenblase in Nichts auflösen. Nunmehr, nachdem die Herren Bebel und Genossen ihre Sitze im Reichstag erlangt haben, erachtet man es als an der Zeit, Denjenigen, die ihnen dazu verholfen, zuzurufen, daß sie ihre Erwartungen wieder zurückschrauben sollen. Wenn Jemand im gewöhnlichen Leben so etwas widerfährt, dann pflegt man zu sagen, daß er an der Nase herumgeführt, daß mit ihm der reine Schwindel getrieben worden ist. Wo bleibe nun die goldene Zeit, wo bleibt der billige Schnaps, wo bleiben die Fleischtöpfe und alle die anderen Versprechungen, mit welchen die Wähler geködert wurden? Herr Liebknecht zuckt jetzt die Achseln und ermahnt seine Getreuen, sich mit dem Alten noch zu begnügen, denn er könne keine praktischen Resultate hervorzaubern. Was wird wohl ein hiesiger socialistischer Wähler, dessen Frau am Tage der Wahl in einen hiesigen Fleischerladen mit den Worten trat: „Ach, wenn nur heute Bebel gewählt würde, dann hätten wir nicht mehr das Fleisch so theuer zu bezahlen", zu dem neuesten Programm seines Freundes Liebknecht sagen?

Dieses neueste Programm ist aber auch noch nach einer anderen Richtung hin interessant, denn es enthält die vollständige Bankerotterklärung der socialdemokratischen Parteileitung. Herr Liebknecht bemerkt in dem angezogenen Artikel des „Sächsischen Wochenblattes" noch weiter, „er und seine Freunde würden sich hüten, im Reichstag mit positiven Vorschlägen hervorzutreten, dazu seien sie zu gescheidt." Die Arbeiter haben demnach von Denjenigen, welche sie zu ihren Vertretern gewählt haben, nicht zu erwarten, daß sie bestimmte Vorschläge machen, in welcher Weise den Arbeitern geholfen werden kann. Wenn das nicht der reinste Nihilismus ist, der hier gepredigt wird, dann wissen wir überhaupt nicht, welcher Sinn diesen Worten beizulegen ist. Für Nichts und wieder Nichts sind die socialdemokratischen Abgeordneten gewählt, so will und verkündet es Herr Liebknecht. Wir können uns den Grund recht gut denken, der den Parteichef der Socialisten hierzu veranlaßt. Derselbe sagt sich in seinem Innern selbst, daß die socialdemokratischen Reformvorschläge in der Regel dazu angethan sind, um ihre Urheber in der Meinung aller halbwegs gebildeten und objectiv Denkenden als Phantasten und noch Schlimmeres erscheinen zu lassen, und darauf ist die Motivirung „wir sind zu gescheidt dazu" auch jedenfalls gemünzt. Herr Liebknecht will sich nicht blamiren und deshalb keine positiven Vorschläge. Nun ist es aber mit dem Wesen einer großen politischen Partei unlöslich verknüpft, und eine solche will die Socialdemokratie sein, daß sie allerdings bestimmte Vorschläge machen muß, in welcher Weise sie sich denkt, daß die Verhältnisse des Staates und der Gesellschaft verbessert und geregelt werden sollen; sie muß mit einem greifbaren Programm an die Oeffentlichkeit treten, mit einem Programm, von dem allerdings als Voraussetzung gilt, daß zu seiner Verwirklichung überhaupt Raum in der irdischen Welt vorhanden ist. Weil die Socialdemokratie solche mit den Grundsätzen der Vernunft und der Möglichkeit im Einklang stehende Vorschläge nicht machen kann, deshalb lehnt es Herr Liebknecht ab, an den Reichstag mit Anträgen zur Verbesserung der Lage heranzutreten und die Regierung und die staatserhaltenden Parteien in ihren desfallsigen Bestrebungen zu unterstützen. „Socials-Humbug" nennt er diese Bestrebungen, wohl in dem Glauben, daß er mit solchem Schlagwort in den Kreisen, die er zu seinen egoistischen Zwecken ausbeutet, Eindruck machen und die Haltlosigkeit seiner eigenen Position verdecken kann.

Nun, Diejenigen, welche socialdemokratisch gewählt haben, wissen jetzt, welches Loos ihrer harret. Nach dem eigenen Ausspruch ihrer Vertreter im Reichstag werden aus den Erfolgen, welche die Socialisten bei den Wahlen errungen haben, keine praktischen Resultate hervorgehen, alles Hoffen und Wünschen, die Lage des Arbeiterstandes verbessert zu sehen, ist ein vergebliches gewesen und die socialdemokratische Fraction lehnt es ab, positive Vorschläge einzubringen. Wem jetzt noch nicht die Augen aufgehen, wer jetzt noch nicht einsieht, daß die ganze Wahlagitation der Socialdemokraten der reinste Schwindel war, dem ist überhaupt nicht zu helfen, sondern der mag sich nur ruhig in seinen Dusel fortbewegen. Man müßte aber an der gesammten Menschheit verzweifeln, wenn ein derartiges Lug- und Trugsystem schließlich doch nicht in sich zusammenstürzen und Denjenigen, welche es aufgebaut haben, nicht zum Verderben gereichen sollte.

Leipzig, 14. März.

• Am Mittwoch Nachmittag 2 Uhr hat unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten Fürsten von Bismarck eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums stattgefunden.

• Nachdem infolge der bekanntlich jüngst in deutscher Sprache erschienenen wesentlich veränderten Auflage der Pharmakopöe die Nothwendigkeit der Umarbeitung der einzelnen Arzneitaxen sich herausgestellt hat, tauchen, wie man hört, in den Kreisen der deutschen Apotheker Bestrebungen auf, diese Taxen einheitlich für das Deutsche Reich zu regeln bezw. auf die Einführung einer deutschen Arzneitaxe hinzuwirken. Obwohl nämlich von der Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten die preußische Arzneitaxe übernommen wird, bestehen in Deutschland solcher Taxen noch mehrere. Die Folgen dieses Zustandes machen sich hauptsächlich in denjenigen Gegenden bemerkbar, in denen zwei oder drei mit besonderen Arzneitaxen versehene Staaten aneinandergrenzen. Auch geht man in Apothekerkreisen von der Ansicht aus, daß Vergleiche der einzelnen noch in Deutschland bestehenden Arzneitaxen untereinander, in welchen die Preise der einzelnen Stoffe nicht selten erheblich differiren, von dem Apothekerstande keineswegs günstige Vorstellungen hervorzurufen geeignet seien.

• Die „Hamburger Nachrichten" brachten kürzlich einen Berliner Artikel zu Gunsten der Ansicht, daß Arbeiterschutz-Gesetz-Entwürfe nicht ohne Rücksicht auf das Ergebniß der internationalen Conferenz vor deren Beendigung dem Reichstage vorgelegt werden könnten, weil Deutschland dadurch, daß es zum Meinungsaustausch über bestimmt formulirte Fragen eingeladen, die moralische Verpflichtung übernommen habe, die Erzielung eines Einverständnisses in dieser oder jener Richtung abzuwarten, ehe es zur praktischen Erweiterung des Arbeiterschutzes in der eigenen Gesetzgebung übergehe. Da es sich um nichts wesentlich Neues handle und in einzelnen Staaten eine, wenn auch unzureichende Praxis vorliege, so sei anzunehmen, daß die einzelnen Regierungen ihren Standpunct bereits gewählt haben werden. Die Conferenz werde nicht im Plenum akademische Discussionen halten, sondern nach der Eröffnungsrede gleich Ausschüsse zur Berathung der Specialfragen bilden und dann deren Berichte in fünf oder sechs Plenarsitzungen erledigen. Die Conferenz werde kaum über 14 Tage zu thun haben und dieselben vor Ostern schließen können. Man werde sich daher keiner Versäumniß schuldig machen, wenn man die Conferenz abwarte, bevor man den Reichstag berufe, und damit werde man andererseits die gebührende Rücksicht auf die anderen Staaten nehmen, ohne die eigenen Interessen zu gefährden. Es sei denn auch gegründete Aussicht vorhanden, den Reichstag erst kurz nach Ostern zu berufen. Die Meinung, daß durch Abwarten der Ergebnisse der Conferenz eine verhängnißvolle, nur der socialistischen Agitation zu Gute kommende Verzögerung in der Ausführung der kaiserlichen Erlasse herbeigeführt werde, sei bei dieser Sachlage unbegründet. Die „Nachrichten" bemerken dazu, daß dem eine Auslassung im Pariser „Temps" entspreche, wonach Deutschland die nachgesuchte Verschiebung der Conferenz um 8 bis 14 Tage mit Bezugnahme auf den Wunsch Sr. Majestät des Kaisers, dem Reichstage die Beschlüsse der Conferenz vorzulegen, abgelehnt habe.

• Die „Kreuzzeitung" hat „einen neugewählten socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einer mitteldeutschen Stadt" über die demnächstige Haltung seiner Fraction „interviewen" lassen und folgende Auskunft erhalten:

Unser Gewährsmann sagte ihr, ob die Anhänger seiner Partei und er selbst der Durchführung des kaiserlichen Reformprogrammes Widerstand entgegensetzten oder dieselbe unterstützen würden. Der Herr erwiderte, daß, wenn nach den in den Erlassen aufgesprochenen Grundsätzen die Socialreform auch im Reichstage in Angriff genommen werde, die Socialdemokraten für diese Anträge stimmen würden. Der Fall, daß sie, wie beim Krankencassengesetz und der Altersversicherung, derselben als „ungenügend" zurückweisen würden, sei nach Maßgabe der gegenwärtigen Stimmung innerhalb der Partei kaum als möglich anzunehmen. Allerdings vermisse man in dem kaiserlichen Programm die schärfere Betonung eines Maximal-Arbeitstages; und die socialdemokratische Fraction werde nicht verfehlen, durch etwaige Zusatzanträge diesen angeblichen Mangel auszugleichen. Wenn aber die Majorität des Reichstags diese Zusatzanträge verwerfen sollte, so werde man sich vor der Hand auch mit den übrigen Concessionen begnügen. In so fern ist also die Socialdemokratie bereit, das Vorgehen des Kaisers zu unterstützen. — Hieran schloß unser Gewährsmann die Frage, ob dann die Führer der Socialdemokratie, wenn die Krone in einer so nachdrücklichen Weise für die Besserstellung der arbeitenden Classen eintrete, und die Socialdemokraten selbst diesen Reformen ihre volle Anerkennung zollen, auch von ihrer antimonarchischen Agitation ablassen würden. Der Gefragte antwortete, über diese selbe Frage habe während der letzten Wochen innerhalb der socialdemokratischen Partei ein lebhafter, sowohl mündlicher, wie schriftlicher Meinungsaustausch stattgefunden. Ein Theil derjenigen Parteigenossen, welche sich an dieser Discussion betheiligten, habe es allerdings als völlig unmöglich bezeichnet, daß zwischen der Monarchie und der Socialdemokratie ein Compromiß geschlossen werde, um durch dasselbe socialdemokratische Forderungen unter monarchischer Regierungsform durchzusetzen. Diese seien bei der Ansicht stehen geblieben, daß die Socialdemokratie ihren innersten Grundsätzen gemäß jede der heute in Europa bestehenden Regierungsformen als eine ihr feindliche Macht betrachten müsse. Dagegen aber habe ein anderer nicht unwesentlicher Theil der Parteiführer seine Meinung dahin geäußert, daß für die Socialdemokratie die Durchführung ehrlicher und umfassender Reformen auf socialem Gebiete die Hauptsache sei, und wenn eine Regierung hierzu die Hand biete, so müsse diese auch grundsätzlich von der Socialdemokratie unterstützt werden, gleichviel, welche Form diese Regierung zeige! — Diese Erörterungen, bei welchen der in Frage stehende Abgeordnete den ersteren Standpunct vertreten habe, seien „augenblicklich beigelegt", ohne daß sich jedoch der Abgeordnete darüber äußern wollte, zu wessen Gunsten diese Frage entschieden sei.

Eine „Entscheidung" wird in dieser Frage, ihrer Natur gemäß, wohl überhaupt nicht erfolgen; auch eine Abstimmung „entscheidet" eine derartige Frage nicht. Ueber die thatsächliche Haltung der verstärkten socialdemokratischen Fraction wird man ja im Reichstag bald Aufschluß erhalten.

• Mit großer Befriedigung blicken die Führer der polnischen Bewegung in Posen und Westpreußen auf die letzte Reichstagswahl vom 20. Februar zurück; ist es den Polen doch gelungen, 245 832 Stimmen auf ihre Candidaten zu vereinigen, gegen 219 973 im Jahre 1887, gegen 203 188 im Jahre 1884 und gegen 191 884 im Jahre 1881; ist es ihnen doch mit Hilfe der „Deutsch-Freisinnigen" gelungen, den Deutschen in Westpreußen drei Mandate abzunehmen, so daß die Zahl der polnischen Reichstagsabgeordneten nunmehr auf 16 gestiegen ist; haben sie doch selbst im katholischen Ermeland über 5000 Stimmen erhalten. Diese Erfolge, die in der Hauptsache der Agitation der zahlreichen polnischen Vereine und der polnischen Geistlichkeit, wie auch der Mitwirkung verblendeter deutscher Katholiken zu verdanken sind, haben die Polen mit neuen Hoffnungen erfüllt und ihr Nationalbewußtsein aufs neue gekräftigt. Ein Glück ist es nur, daß die Maßregeln der Regierung zum Schutze des Deutschthums in Posen und Westpreußen allmälig zu wirken beginnen.

• Wie im vergangenen Jahre haben auch in diesem Jahre die in Berlin wohnenden Bayern sich am 11. d. M. im Hotel Kaiserhof zu einem gemeinschaftlichen Mahle vereinigt, um das auf den 12. fallende Geburtsfest des Prinz-Regenten zu feiern. Die Versammlung war eine zahlreiche, im Ganzen 120 Personen. Wir nennen außer den Mitgliedern der königl. bayerischen Gesandtschaft und den bayerischen Bevollmächtigten zum Bundesrathe den Unterstaatssecretair im Auswärtigen Amt Grafen Berchem, den Director des Reichsjustizamts Excellenz von Hanauer, die Geheimen Legationsräthe Baron Lindenfels und Aichberger vom Auswärtigen Amte, den Reichscommissar Freiherrn von und zu Aufseß und den Dichter Dr. Haus von Hopfen. Die größte Zahl von Theilnehmern stellte die bayerische Armee, von der 72 active Officiere, an der Spitze der bayerische Militairbevollmächtigte General Ritter v. Xylander, erschienen waren. Während der Festtafel ergriff der Gesandte Graf Lerchenfeld das Wort, um zunächst den Gefühlen der Ehrfurcht für Se. Majestät den Kaiser Ausdruck zu geben und sodann in einer längeren patriotischen Rede auf die Bedeutung der Feier hinzuweisen. Die Versammlung stimmte begeistert in das Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und Se. königl. Hoheit den Prinz-Regenten ein. Während der Tafel concertirte die Capelle eines Garde-Cavallerie-Regiments.

• Die Vereinbarung über die Altkatholikenfrage zwischen der bayerischen Regierung und den Bischöfen steht für die nächsten Tage in sicherer Aussicht. Zweifellos wird dann auch eine Verständigung über das Cultusbudget in der Kammer erfolgen. Die bisher abgelehnten größeren Positionen werden dann wahrscheinlich vom Plenum behufs erneuter sachlicher Würdigung an den Finanzausschuß zurückverwiesen.

• In einem stattlichen Quartbande werden soeben vom k. bayerischen Staatsministerium der Justiz die Ergebnisse der Civil- und Strafrechtspflege für 1888 veröffentlicht. Man entnimmt dieser mit außerordentlicher Gründlichkeit hergestellten Arbeit und den beigefügten Tabellenwerken folgende Daten: die Zahl der Processe bei den Amtsgerichten und Landgerichten betrug 91 092. Anhängig waren ferner 513 Ehesachen, darunter 501 Ehescheidungsprocesse. Im Armenrecht wurden 10 988 Proceße geführt. Die Gesammtzahl der im ordentlichen Verfahren wegen Vergehen und Verbrechen abgeurtheilten Personen betrug 61 746, jene der Verurtheilten 49 939. Das größte Contingent bei den Verurtheilungen lieferte der Diebstahl (12 765 Fälle), außerdem erfolgten Verurtheilungen wegen gefährlicher Körperverletzung 9298, Beleidigung 7742, Betrug 5430, Körperverletzung 3491. Die Strafanstalten waren durchschnittlich mit 6648 Gefangenen belegt, wozu noch 4491 in den Gerichtsgefängnissen befindliche Strafgefangene kamen.

* * *

• Graf Szapary hat die Bildung des neuen ungarischen Cabinets vollendet. Von den bisherigen Ministern scheidet außer Tißa auch der Minister des Innern Graf Telekí aus dem Amte. Als neuer Mann tritt Graf Andreas Bethlen als Ackerbau-Minister in die Regierung. Graf Bethlen war bisher Obergespan des Hermannstädter Comitats und in dieser Eigenschaft auch provisorischer Sachsencomes. Es wird ihm nachgerühmt, daß er die Verwaltung des ihm anvertrauten Theiles des Sachsenlandes in mildem versöhnlichen Geiste leitete, und daß er sich die Sympathien der dortigen Bevölkerung errungen. Der Eintritt Bethlen's in das Cabinet erscheint in Beziehung auf die Sachsenfrage von guter Vorbedeutung. Nach dem Schluß des Hof-Diners in Ofen, dem wieder zahlreiche Deputirte zugezogen waren, hielt der Kaiser Cercle und äußerte sich hierbei wieder sehr anerkennend über Koloman Tißa. Der Kaiser drückte die Hoffnung aus, daß die liberale Partei zusammenhalten und die Regierung Szapary ebenso unterstützen werde. Dem Führer der gemäßigten Opposition, Grafen Albert Apponyi, gegenüber gab der Kaiser seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Berathungen im Parlament in Zukunft ruhiger sein werden. Graf Apponyi erwiderte, er hoffe, daß die Opposition daran stiller sein werde. Der Kaiser brachte hierauf das bisherige Verhalten der Opposition zur Sprache und machte über den Standpunct Apponyi's eine Bemerkung, die letzteren veranlaßte, zu seiner Rechtfertigung sich auf eine angeblich übelwollende Information Sr. Majestät zu berufen, was aber nicht ohne Erwiderung blieb. Der Eindruck des Gespräches soll für den Grafen Apponyi ein sichtlich deprimirender gewesen sein. — Ueber die Persönlichkeit Tißa's dürften folgende Angaben von Interesse sein:

Tißa's Persönlichkeit war eine der seltsamsten, die je auf einem Präsidentenstuhle saßen. Er hatte noch weniger als sein großer Landsmann Deak etwas Höfliches in seinem Wesen und bildete zu dem geschmeidigen Cavalier Andrassy einen schreienden Gegensatz. Die lange, hagere, etwas vornübergebeugte Gestalt, das strenge Antlitz mit dem wenig sorgfältig gestutzten Vollbart und den tief helle Gesicht beschattenden Augenbrauen, die auf alle Eleganz verzichtende Art der Kleidung — Tißa's langer Sackrock war sprichwörtlich —, sein unelastischer Gang, das gab der Erscheinung Alles vom pedantischen Professor, gar nichts vom Höfmann und Diplomaten. Seine Beredsamkeit war trocken, ohne alles äußerlich wahrnehmbare Temperament; seine fast einzige Geste vollführte er nach Art des nachsinnenden Stubengelehrten mit dem auf- und niederklappenden vorgerückten Zeigefinger, einem wirklich riesigen Zeigefinger, um den sich wie man sagte, ganz Ungarn drehte; aber der Zauber seiner Rede, der trockene Humor, der vernichtende Witz, mitunter die brutale Gewalt, mit der die Sätze vorgebracht wurden, übten eine ganz unbeschreibliche Wirkung aus. Tißa sprach stehend und saß immer aus dem Stegreif; er konnte das Parlament stundenlang fesseln. Als Redner hat er heute in Ungarn seinesgleichen nicht, so sehr er alles Aeußerliche der Rhetorik verschmäht. Kein Plebejer wird wohl thun, sich diesen Mann ohne äußerste Noth zum Gegner zu machen.

Tißa hat glühende schwärmerische Anhänger unter den ergrauten Männern wie unter der gährenden Jugend des Landes. Jedem seiner Anhänger, der dessen bedurfte oder der es verlangte, hat er Dienste thun zugewandt. Ob er selbst einen Menschen zum Freunde gehabt, ob er Freundschaftsbedürfniß gehabt hat, ist schwer zu sagen und mag füglich bezweifelt werden. Seinem Regierungssystem sagt man nach, daß es den Namen der Corruption verdiene; ihm hat der verbissenste Feind noch nicht den leisesten Vorwurf zu machen ge-